

Stadt stoppt 99-Cent-Party

Parlament fordert Aktion gegen Alkohol-Exzesse von Kindern und Jugendlichen

Ausgerechnet die von der Stadt Hanau kräftig unterstützte „halle2“ lieferte das einzig konkrete Negativ-Beispiel, als die Stadtverordneten am Montagabend kommunale Strategien gegen Alkoholexzesse der Jugend einforderten. Der Trägerverein „Kulturzentrum Pumpstation“ wollte seiner Zielgruppe „Jugendliche und junge Erwachsene“ bei der „99ct-Party“ am kommenden Freitag neben Softdrinks auch Bier, Äpfel und Biermischgetränke zum Billigtarif spendieren.

Durch einen Antrag der CDU-Fraktion womöglich sensibilisiert, schritt die Verwaltung nach 17 unbeanstandeten Partys nun quasi in letzter Minute ein. Nach einem Gespräch mit Ordnungsamt und Sozialbehörde korrigierten die Veranstalter gestern den Einladungstext auf ihrer Internetseite: „99ct-Party goes 149ct.“ Demnach kosten alkoholische Geträn-

ke nun 50 Cent mehr. Eine Notlösung, wie Stadtpressesprecher Wolfgang Kischel einräumte. So kurzfristig sei eine Absage der Party nicht mehr in Frage gekommen. Für die Zukunft sei aber ein anderes Konzept vonnöten, das nicht mehr den besonders billigen Alkohol akzentuiert. Probleme habe es mit den 99-Cent-Partys allerdings

„Man kann nicht neben jeden Ausschenker einen Kontrolleur stellen.“

nicht gegeben („Die achten auf den Jugendschutz.“) und die Zielsetzung sei einzig, „dass junge Leute mit wenig Geld den ganzen Abend lang mit zwei Euro hinkommen“.

Die CDU-Fraktion hatte von „Exzessen bei öffentlichen Veranstaltungen“ gesprochen, die die zumeist ehrenamtlichen Ver-

anstalter überforderten. Die Feuerwehr Steinheim habe deshalb schon den „Tanz in den Mai“ gestrichen und das Pfarrfamilienfest St. Johann „wurde auf einen Tag verkürzt“. Beim Altstadtfest in Steinheim, so beklagte Christine von Eiff (CDU), „konnte man beobachten, wie Jugendliche relativ schnell alkoholisiert waren“.

Der Vorschlag der Union, dass die Verwaltung dem Parlament Gegenstrategien vorstellen soll, fand einmütige Zustimmung. Ergänzend verlangte die Linke das Verbot von Flatrate- und 99-Cent-Partys. Der zuständige Dezernent Axel Weiss-Thiel (SPD) dämpfte jedoch die Erwartungen: „Das Verbot gibt es. Man kann aber nicht neben jeden Ausschenker einen Kontrolleur stellen. Wir sind auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen und müssen uns bewusst sein: Alkohol ist eine gesellschaftlich legitimierte Droge.“ lex

FR: Mi, 04.07.2007